

Umweltsteuern als zentrales Instrument der Transformation

# Bepreisung externer Kosten als Weg zu einer nachhaltigen Steuerreform

Wenn wirtschaftliche Aktivitäten zu Kosten für unbeteiligte Dritte führen, spricht man von externen Kosten, die ein Marktversagen darstellen und zu ineffizienten Produktions- und Konsumentscheidungen führen. Lenkungssteuern ebnen den Weg zu einer nachhaltigen Steuerreform, indem sie Umwelt- und Gesundheitsschäden verringern und den wirtschaftlichen Wohlstand erhöhen.

Von Christina Rooffs und Matthias Kalkuhl

Umwelt- und gesundheitsschädliches Verhalten führt zu Kosten für die Gesellschaft. Der Schadensverursacher berücksichtigt bei Entscheidungen in der Regel in seinem Kalkül diese Kosten nicht. Die ökonomische Forschung hat die externen Kosten zwar bereits in einigen Bereichen beziffert, es fehlt aber ein systematischer Überblick über die größten Fehlallokationen in Volkswirtschaften, die durch Lenkungssteuern bepreist und deren Einnahmen zur Umsetzung der Energiewende genutzt werden können.

## Externe Kosten von umwelt- und gesundheitsschädlichem Konsum

Bedeutende Bereiche können aus politisch und gesellschaftlich legitimierten Zielen und Prioritäten zum Umwelt- und Gesundheitsschutz (z. B. deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, *Sustainable Development Goals*, Pariser Klimaabkommen oder *European Green Deal*) identifiziert werden. Dazu gehören Emissionen von Treibhausgasen, Stickstoff- und Phosphoreintrag in die Umwelt, lokale Luftverschmutzung, Pestizideinsatz, Plastikmüll, Flächenverbrauch, erhöhter Konsum von Zucker, Tabak, Alkohol oder Fleisch. Des Weiteren fallen auch bei Antibiotikaeinsätzen in der Tierhaltung, verkehrsbedingtem Bau und Nutzung von Infrastruktur, Staus, Unfällen sowie Lärm externe Kosten an.

Ein kürzlich im BMBF-geförderten Projekt ARIADNE veröffentlichtes Kurzdossier ermittelt eine erste Abschätzung basierend auf wissenschaftlichen Studien. Die externen Kosten belaufen sich demnach auf insgesamt jährlich 13–19 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Dies entspricht Kosten von 455–671 Milliarden Euro. Die aktuellen Abgaben und Steuereinnahmen aus CO<sub>2</sub>-Preisen, Lkw-Maut, Energiesteuern und sonstigen Verbrauchssteuern betragen dagegen nur 107 Milliarden Euro. Auch wenn externe Kosten noch nicht umfassend quantifiziert wurden, wird damit dennoch ersichtlich, dass dem bezifferten Volumen von 455–671 Milliarden Euro nur ein Bruchteil an Steuereinnahmen gegenübersteht. Durch verzerrte Preissignale trifft die Volkswirtschaft somit gesellschaftlich ungünstige Produktions- und Konsumententscheidungen.

## Konsequente Besteuerung

Durch eine konsequent auf Umwelt- und Gesundheitsschäden erweiterte Besteuerung, sogenannte „Pigou-Steuern“, könnte der Staat 44–71 Prozent des gesamten heutigen Steueraufkommens zusätzlich mobilisieren – und damit auch andere Steuern in erheblichem Umfang absenken, wie zum Beispiel die Einkommenssteuern. Langfristig sinkt die Steuerbasis von Umwelt- und Gesundheitsschäden mit Entfaltung der Lenkungswirkung ab und verringert das Steuervolu-

men, wenn nicht neue Umweltprobleme neue Umweltsteuern erfordern oder stabile Steuerbasen, wie zum Beispiel eine City-Maut, genutzt werden.

Selbst wenn einer Regierung nicht alle Informationen zu externen Kosten zur Verfügung stehen, kann eine Einführung und Erhebung von Steuern auf umwelt- und gesundheitsschädliches Verhalten den volkswirtschaftlichen Wohlstand erhöhen, da damit Fehlallokationen verringert werden können.

Wenn der soziale Ausgleich mitberücksichtigt wird, ist eine effiziente, nachhaltige und gerechte Steuerreform möglich. Denn die zusätzlichen Einnahmen können beispielsweise für Steuer-senkungen und Transfers verwendet werden, um die Nettobelastungen für ärmere Haushalte und Härtefälle durch finanzielle Extrembelastungen zu vermeiden.

## Umwelt- und Lenkungssteuern mobilisieren

Die umfassende monetäre Quantifizierung von Umwelt- und Gesundheitsschäden steckt noch in den Kinderschuhen und zukünftige Forschung ist nötig, um Prioritäten aufzuzeigen. Jedoch zeigt sich bereits jetzt, dass eine konsequente Bepreisung von Umwelt- und Gesundheitsschäden Hunderte Milliarden Euro mobilisieren kann und damit an anderer Stelle Entlastungen ermöglicht. Während die Einnahmen zu Beginn hoch sind, werden sie tendenziell wieder abnehmen, wenn die Pigou-Steuern ihre Lenkungswirkung entfalten und sich auch die Schäden reduzieren. Der soziale Ausgleich kann durch Umlage der Zusatzeinnahmen stattfinden.

### AUTOR/INNEN + KONTAKT

**Christina Rooffs** ist Wissenschaftlerin und Mitglied der Arbeitsgruppe Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung am MCC Berlin.

**Matthias Kalkuhl** ist Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung am MCC Berlin und Professor an der Universität Potsdam.

Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), Torgauer Str. 12–15, 10829 Berlin. Internet: [www.mcc-berlin.net](http://www.mcc-berlin.net)